

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johannes Zehfuß (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Ausbau und Sanierung des Rheinhauptdeiches, Deichabteilung III, km 5 + 300 bis km 6 + 400 in der Gemarkung Otterstadt-Süd II

Die **Kleine Anfrage 1955** vom 17. Oktober 2013 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Durch die vom Planungsträger präferierte Verkürzung der Deichlinie ist
 - a) mit einer dauerhaften Kessellage der dortigen Landwirtschaftsflächen,
 - b) infolgedessen mit klimatologischen Veränderungen und insofern,
 - c) mit nachhaltigen Verschlechterungen der Anbauverhältnisse zu rechnen.Welche sind dies?
2. Werden hierdurch dauerhafte Kosten/zusätzliche Aufwendungen bzw. Entschädigungsansprüche der betroffenen Landnutzer ausgelöst und können diese bereits kalkuliert werden?
3. Ist es nach Auffassung des Planungsträgers sinnvoll und volkswirtschaftlich vertretbar, dass die dauerhaft verbleibenden agrarwirtschaftlichen Nachteile der Deichlinienverkürzung geringer zu gewichten sind als die vorübergehenden und kurzfristig wiederherstellbaren naturschutzfachlichen Auswirkungen einer Erneuerung der bestehenden Deichlinie?
4. Können die planungsbedingten Eingriffe in das Naturpotenzial bei Erneuerung der bestehenden Deichlinie in irgendeiner anderen Weise minimiert oder gar ausgeschlossen werden?
5. Wie stellt sich der Planungsträger bei einer Deichlinienverkürzung nach einem extremhochwasserbedingten Überströmen der bestehenden Deichtrasse die ordnungsgemäße Restwasserentleerung vor und ist im Flutungsfall landseitig mit zusätzlichen Druckwasserbelastungen zu rechnen?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. November 2013 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die präferierte Verkürzung der Deichlinie könnte zu einer Frostgefährdung der landwirtschaftlich genutzten Flächen innerhalb der Kaltluftsenken führen. Deshalb sind aufgrund der erhöhten Frostgefahr frostresistente Kulturarten wie Winterweizen oder Winterroggen bzw. frosttolerante Gemüse- und Zuckerrübensorten zu empfehlen.

Zu Frage 2:

Entschädigungsansprüche sollen auf Wunsch von Landwirtschaftskammer, Bauern- und Winzerverband und örtlicher Landwirtschaft gemeinsam festgelegt werden. Um eine höhere Akzeptanz zu erreichen, sollen Lösungsansätze spätestens zum Planfeststellungsverfahren gemeinsam erarbeitet werden. Danach können mögliche Entschädigungsleistungen beziffert werden.

b. w.

Zu Frage 3:

Nach § 15 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz sind vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. In Natura 2000-Gebieten sind erhebliche Beeinträchtigungen nur ausnahmsweise zulässig. Eine Voraussetzung ist, dass keine Alternativen bestehen (§ 34 Bundesnaturschutzgesetz). Diese Gesetzeslage ist eindeutig, sodass nur die Planung einer neuen Deichtrasse Aussicht auf Genehmigung hat.

Zu Frage 4:

Nein.

Zu Frage 5:

Eine planmäßige Flutung der zwischen bestehendem und neuem Deich gelegenen Flächen ist nicht vorgesehen. Ohne die zweite (neue) Deichlinie würde bei Überschreitung des 200-jährlichen Bemessungswasserstandes der Deiche das Wasser unkontrolliert die Niederung fluten. Eine Entleerung des zwischen bestehendem und neuem Deich gelegenen Raumes kann nur über eine temporäre Öffnung des Deiches erfolgen. Beim Eintreten eines Extremhochwassers ist die gesamte Rheinniederung von Druckwasser beeinträchtigt und die gesamte Deichlinie wird gefährdet sein.

Ulrike Höfken
Staatsministerin